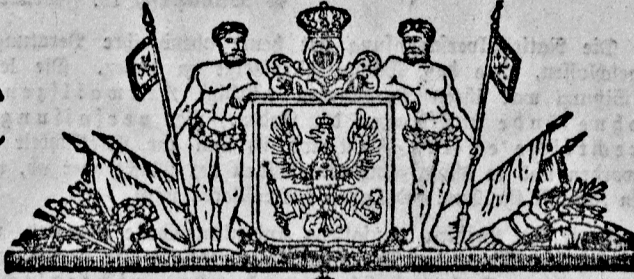


# Wossische



# Zeitung

Begründet

1704

Mit

50 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Eilbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 960.

## Um den Wiederaufbauminister.

### Streichungs-Anträge der Rechten.

Im Hauptausschuß des Reichstags beantragten Deutschnationale und Deutsche Volkspartei die Streichung des Ministerpostens für Wiederaufbau.

Abg. Dr. Pachnide (Dem.) trat für einstweilige Beibehaltung ein. Einzelne Ministerposten würden aufzuheben sein, die Frage sei aber als hochpolitische im ganzen zu lösen und nicht willkürlich an dieser einzelnen Stelle. In demselben Sinn äußerte sich Abg. Müller-Franken (Soz.).

Staatssekretär Dr.-Ing. Müller führte, entgegen den Ausführungen des deutschnationalen Redners, aus, daß die Schaffung eines besonderen Wiederaufbauministeriums nicht aus parteipolitischen Erwägungen erfolgt sei, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß eine ordnungsmäßige Durchführung des Friedensvertrages nur durch eine besonders zentrale für diese besondere Aufgabe möglich sei.

Er wies auf die schwerwiegenden politischen Rücksichten für die Beibehaltung dieses Ministeriums hin, die in der lokalen Durchführung des Friedensvertrages liegen, sowie auf den Eindruck, den eine Streichung des Ministeriums im Auslande machen würde. Sie würde leicht wieder als mangelnder guter Wille Deutschlands, seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage zu erfüllen, aufgefaßt werden können.

Der Staatssekretär erläuterte ferner die vielen neuen Aufgaben, die dem Ministerium erwachsen, besonders auf dem Gebiete der Entschädigung, Aufgaben von ungeheurer wirtschaftlicher Tragweite, die ganz besonderer und gründlicher Prüfung bedürfen. Eine Angliederung der verschiedenen Abteilungen oder der vielen, dem Ministerium nachgeordneten Behörden an andere Behörden sei wegen der besonderen Beschaffenheit der Aufgaben nicht möglich, da die eventuell in Frage kommenden anderen Ministerien diese Aufgaben nach ganz anderen Gesichtspunkten bearbeiten müßten.

Abg. Klöckner (Ztr.) bedauerte vor allem aus außenpolitischen Gründen den Antrag. Unser Wille zur ernsthaften Reparationsleistung, der bei den Regierungsparteien durchaus vorhanden sei,

könne durch solche abwegigen Anträge vom Auslande in Zweifel gezogen werden.

Abg. Dr. Cremer (D. Sp.) und Schulz-Bromberg bewerteten, daß die Streichung lediglich aus Gründen der Sparsamkeit beantragt werde. Dies sei eine Politik, die den Absichten des Auslandes entgegenkomme.

Den Wunsch nach Ersparnismaßnahmen will ein Antrag Stüden dadurch erfüllen, daß eine besondere Unterkommission alle ab 31. Dezember wegfallenden Beamtenstellen bezeichnen soll.

### Der Beamtenstreik im Landtag.

Im Preussischen Landtag begann heute die Beratung der unabhängigen und kommunistischen Anträge zum Beamtenstreik. Abgeordneter Meier-Berlin (U. Soz.) befragte den Antrag seiner Freunde, der im ersten Abkapitel die — bereits aufgehobene — Antistreikverordnung des Reichspräsidenten bekämpft, im zweiten Absatz die Aufhebung der gegen den Beamtenstreik gerichteten Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten verlangt und die Regierung auffordert, gegen den Polizeipräsidenten sofort ein Verfahren wegen grober Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse einzuleiten.

\*

Die Verhandlungen der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter, deren erweiterter Vorstand gestern in Berlin zusammengetreten ist, werden heute fortgesetzt. Die Vertreter sind eine ganze Anzahl, die nach den Bestimmungen des Reichsministeriums der Disziplinierung unterliegen. Daraus erklärt sich der Radikalismus, der in den Reden zum Ausdruck kam. Das Hauptreferat hielt der Vorsitzende Menne, der erklärte, die Reichsgewerkschaft habe den Streik auf der Höhe ihrer Kraft freiwillig abgebrochen, um zu verhindern, daß die Kommunisten die Bewegung zu ihren Gunsten ausnützen. In der Aussprache erklärten die Anhänger der radikalen Richtung, es müsse ein neuer Streik proklamiert werden, um die Einstellung sämtlicher Disziplinarverfahren zu erzwingen. Es bleibt abzuwarten, welche Schritte gefaßt werden. Ohne Zweifel wissen aber auch die Radikalen, daß die Wiederaufnahme eines Streiks unter der Parole der „Maßregelungen“ bei allen Arbeitskämpfen der letzten fünfzig Jahre erfolglos geblieben ist.

## Monarchie und Monarchisten.

Von

Dr. h. c. Frhr. v. Schoenaich,  
Generalmajor a. D.

Der Brief des früheren Kronprinzen an den Professor Jörn wird durch die Betrachtungen, die die Parteipresse daran knüpft, voraussichtlich gerade das Gegenteil von dem erreichen, was er bezweckt hat. Er wird die Gemüter noch mehr aufpeitschen, statt sie zu beruhigen.

Darum soll auch einmal eine leidenschaftslose Betrachtung versucht werden. Der Kronprinz sagt sehr richtig, der Monarch ist des Volkes wegen da und nicht umgekehrt. Nun hat es zu allen Zeiten der Geschichte Monarchien gegeben, die gut, und Monarchien, die schlecht regiert waren, und ebenso Republiken, die gut und schlecht regiert waren. Die Frage, ob Republik oder Monarchie, allein tut es also nicht.

Außer dem rein Materielle spielt allerlei Unwägbares eine Rolle, zum Beispiel das Glanz- und Ruhmbedürfnis und das Freiheitsgefühl. Diesen Dingen wird die Verfassung Rechnung tragen müssen, wenn sie das Wohlbehagen des Volkes sichern soll. Sie hängen damit zusammen, welchen Anteil das Volk an den Regierungsgeheimnissen durch das Wahlrecht hat oder, was viel wesentlicher ist, zu haben glaubt.

Die verschiedenen Abstufungen des Wahlrechtes innerhalb einer Verfassung müssen also dem Seelenzustand des Volkes angepaßt sein. Seelenzustände sind dem Wechsel unterworfen. Sie waren zu Zeiten der alten Postkutschen anders als in Zeiten, wo der Telegraph bis in jedes Dorf reicht. Sie sind auch bei den einzelnen Völkern verschieden. Der Franzose hat mehr Ruhmbedürfnis als der Deutsche, der Deutsche mehr Freiheitsbedürfnis als der Slawe.

Die Verfassung, die wir in Deutschland vor dem Kriege hatten, hat das Ruhm- und Glanzbedürfnis des Volkes reichlich befriedigt, die materiellen Bedürfnisse hat sie besser befriedigt als irgendeine andere Verfassung irgendeines anderen Staates. Bölig verjagt hat sie in dem Freiheitsbedürfnis. Sie war steden geblieben in den Erbuntertänigkeitsverhältnissen des 18. Jahrhunderts; vielleicht in Wirklichkeit nicht so sehr, wie es den Anschein hatte. Der Glaube spielt aber eine viel größere Rolle, als unsere Regierenden erkannten. Und dieses Mißachten seelischer Momente fiel in eine Zeit, in der die Entwicklung der modernen Großindustrie die Volksmasse in den Tiefen auführte.

Nun spielt in der Monarchie noch ein weiteres Moment eine große Rolle, das ist die persönliche Anhänglichkeit. Ein edler Monarch, der in einem Kleinstaat jedem seiner Untertanen gelegentlich von Angesicht zu Angesicht gegenübertritt, kann durch seine Persönlichkeit viele Fehler seiner Regierung wiedergutmachen. In einem Großstaat fällt das fort. Dort besteht die persönliche Anhänglichkeit schließlich nur noch zwischen dem Monarchen und dem Kreise, der mit ihm in häufige Berührung tritt. Nur Voreingenommenheit kann bestreiten, daß es kein Dynastengeschlecht gegeben hat, das durch viele vortreffliche Monarchen so mit dem Volke verwachsen war wie das Geschlecht der Hohenzollern. Sein Verhängnis war es, daß die allmähliche Umwandlung der Volksseele nicht rechtzeitig erkannt worden ist. Ein Teil der Schuld daran trifft die Kreise, die durch Geburt und Stellung dem Hofe besonders nahe standen. Sie haben nicht erkannt, oder nicht eingestehen wollen, daß das Gefühl der persönlichen Anhänglichkeit an die Monarchie allmählich nicht mehr Allgemeinut geworden war. Das Volk aber, das kritisch geworden war, glaubte, die organische Fortentwicklung unserer Verfassung werde aus selbststichtigen Gründen von den Kreisen hintertrieben, die von der Monarchie persönliche Vorteile hätten. Dazu kamen mancherlei Fehler, die der letzte Kaiser gemacht hat, als er gar zu oft ohne ministerielle Deckung in die Öffentlichkeit trat. So gingen wir in einem Zustand in den Weltkrieg, den man nur als verfassungspolitisch unausgeglichen bezeichnen kann. Der Weltkrieg endete nach beispielloser Anspannung aller Volksträfte mit einer katastrophalen Niederlage.

Unter solchen Umständen würden alle Völker in seelischer Zermürbung, ohne kritische Prüfung der Schuldfrage, ihrer letzten Regierung die Schuld zuschieben. Der Verlierer dieses Krieges mußte unter allen Umständen seine Verfassung ändern. Wäre es Frankreich gewesen, so wäre dort vielleicht der Boden für eine neue Monarchie geackert worden.

Nun kam der Umsturz. Die Gründe und inneren Zusammenhänge sollen absichtlich unerörtert bleiben. Die Tatsache bleibt bestehen, daß keiner der Monarchen und keiner von denen, die ihnen persönlich nahe standen, mit dem Säbel in der Faust an den Stufen des Thrones gestorben ist.

Diese drei Dinge: unausgeglichene Verfassung, verlorener Krieg und widerstandsloses Weichen, mußten das monarchische Gefühl tief untergraben. Wer das leugnet, ist kein Menschenkenner.

Das arme niedergebrogene Volk stand nun ohne festen Halt einer Verfassung der bittersten Not gegenüber. Es mußte die Dinge nehmen, wie sie lagen. Die Monarchen waren fort, weite Kreise des Volkes waren längst nicht mehr monarchisch gesonnen, da gab es nur die Möglichkeit, die Kräfte des Volkes auf dem Boden der Republik zu sammeln.

## Beneß über Deutschlands Rolle in Genua.

Drahtmeldungen der „Wossischen Zeitung“.

\* London, 17. Februar.

In einer Unterredung mit Pressevertretern erklärte Beneß gestern, die beiden Hauptfragen über die Konferenz von Genua seien das deutsche und russische Problem, und zwar ersteres noch bedeutend mehr als das letztere. Wie auch immer die Lösung sein werde, Deutschland müsse als vollwertiger Partner betrachtet werden, um den Frieden aufrechtzuerhalten und die Wohlfahrt Europas zurückzubringen. Die europäischen Staaten müßten fest zusammenhalten und müßten untereinander Abkommen treffen, die auf gegenseitiger Gleichheit begründet sind. Durch die Konferenz von Genua werde Deutschland dazu gebracht, an dem gemeinsamen Werk des internationalen Wiederaufbaus mitzuarbeiten.

Zuerst hat Beneß Lloyd George aufgesucht, mit dem er sich besonders über die Teilnahme von Delegierten der Kleinen Entente an den vorbereitenden Besprechungen über das Programm von Genua unterhielt. Im Laufe des Nachmittags suchte er Lord Curzon auf, mit dem er über die Frage der finanziellen Hilfe an Oesterreich sprach. Im Laufe des heutigen und morgigen Tages wird diese Unterhaltung fortgesetzt.

\* Paris, 17. Februar.

Das „Echo de Paris“ erklärt zu einer Savas-Note, die die gleiche Meldung verbreitet, daß die französischen Sachverständigen nur nach London gehen, wenn der Inhalt der englischen Note von der französischen Regierung gutgeheißen werde.

## Die Vorbereitungen des Reichskabinetts.

Seit Wochen bildet die Konferenz von Genua den Gegenstand eingehender Beratungen der einzelnen Ministerien, namentlich des Reichswirtschaftsministeriums, das mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft in enge Fühlung getreten ist. Das Programm für Genua hat sich viel umfangreicher erwiesen, als zuerst angenommen wurde, so daß sich die Beratungen auf einen großen Fragenkomplex erstrecken müssen. Einige der wichtigsten Themen sind: die Finanzfrage, die Regelung des Geldumlaufs, die Frage der Zentral- und Emissionsbanken, der Wiederaufbau, die Valutafrage, die Organisation des Kredits, allgemeine Wirtschafts- und Handelsfragen, Erleichterungen und Sicherungen für Ein- und

Ausfuhr, Schutz des industriellen, literarischen und künstlerischen Eigentums, Regelung des Konsularwesens, technische Hilfe beim industriellen Wiederaufbau, endlich das weite Gebiet des Transportwesens. Ueber die Zusammensetzung der deutschen Delegation für Genua steht noch nichts fest.

## Die Kabinettskrise in Rom.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

mp Rom, 17. Februar.

Die Aufnahme der Verteidigungsrede Bonomis in der Kammer schließt jeden Zweifel an einer Krise aus.

Nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten Bonomi sprach der Demokrat di Cesaro, der die außenpolitische und innerpolitische Tätigkeit der Regierung kritisierte und zum Schluß erklärte, daß die demokratische Partei kein Vertrauen zu Bonomi habe. Ein Abgeordneter der Populärpartei begründete sodann, weshalb seine Partei für das Kabinett Bonomi eintrete und sagte, daß die Populärpartei angesichts der gegenwärtigen Lage eine Krise für nicht oportum halte. Der Sozialist Musatti kritisierte die Tätigkeit des Kabinetts. Er erklärte, die Sozialisten verlangten eine Regierung, die tatkräftig den Frieden im Innern und außen wiederherzustellen verstehe und Freiheit für alle schaffe. Ferner müsse sie den wirtschaftlichen Wiederaufbau erstreben. Eine solche Regierung würden die Sozialisten, ohne indessen auf irgendwas Verzicht zu leisten, gegen jeden Versuch einer reaktionären Opposition wirksam unterstützen. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben.

\*

Der neuernannte deutsche Botschafter, Freiherr v. Neurath, überreichte heute sein Beglaubigungsschreiben und wurde vom König zu einer halbständigen Unterredung zurückgehalten.

\*

Wie dem „Agrarer Tagblatt“ von gut unterrichteter Seite berichtet wird, dürfte die Entscheidung in der Baros-Fragenfrage zur Stunde bereits gefallen sein. Wie das Blatt an leitender Stelle ausführt, hat die italienische Regierung ein Condominium auf 10 Jahre angeboten. Es erscheint der Belgrader Regierung die Annahme des Angebotes minder schädlich als das Hinausziehen des unhaltbaren Provisoriums. — Die Konferenz der Nachfolgestaaten in Rom, die im Oktober vorigen Jahres verfaßt wurde, hat gestern formell ihre neue Sitzungsperiode unter Abwesenheit der österreichischen und der tschechischen Vertreter eröffnet. Es wurden Kommissionen gebildet, die die einzelnen Fragen vorbereiten sollen. Die österreichischen Delegierten werden heute erwartet, die Teilnahme der Tschechen ist noch ungewiß. (Siehe auch vierte Seite.)